

## Aktuelle Stunde:

**Wie positioniert sich NRW in Sachen Klimaschutz vor dem Hintergrund der Konferenz in Posen und des EU-Gipfels in Brüssel?** (Plenarsitzung vom 03.12.2008)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Priggen. – Herr Sagel hätte jetzt das Wort. Bitte schön.

*(Rüdiger Sagel [fraktionslos] begibt sich zum Rednerpult. – Lothar Hegemann [CDU]:  
Wenn Sie unsicher sind, bleiben Sie sitzen! – Heiterkeit von der CDU)*

**Rüdiger Sagel\***) (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Liebe Gäste! Die NRW-Klima- und Umweltpolitik ist völlig verfehlt. Arbeitsplätze werden gerade nicht gesichert, wenn Sie nicht umsteuern. Das haben Sie offensichtlich immer noch nicht verstanden. Steinzeit- und Risikotechnologie, Kohle und Atom, das ist die Politik, die Sie hier in NRW weiter machen wollen: neue Kohlekraftwerke, längere Laufzeiten für Atomkraftwerke. Das ist ein Griff in die Mottenkiste der 70er-Jahre. Das ist Ihre Politik hier in Nordrhein-Westfalen.

*(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)*

Ich kann nur feststellen, dass Ökologie und Klimaschutz in keinsten Weise von der Konjunktur abhängen dürfen. Das, was in Berlin gemacht wird, konnte man gestern auch auf dem Titelblatt des „Spiegel“ bewundern:

*(Rüdiger Sagel hält ein „Spiegel“-Exemplar hoch.)*

– „ANGELA MUTLOS“, so heißt es beim „Spiegel“. Genau das schreibt auch die nicht als links bekannte konservative „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Ich zitiere:

*In der Tat sind Elterngeld, Klimaschutz, Bildungspolitik und auch der Afghanistan-Einsatz nachrangig in diesen Wochen. Zentral, in der Mitte, steht die Krise. Dort wird sie sich ausbreiten.*

Vonseiten Angela Merkels und auch Jürgen Rüttgers kann man nichts erkennen. Im Gegenteil: Sie sind die Bremser in der Klimaschutz- und Energiepolitik.

Ich kann nur feststellen: Die Linke ist für eine umweltfreundliche Energiepolitik. Wir wollen ein Umsteuern und eine andere, umweltfreundliche, ökologische Energiepolitik. Landesregierung und Energiekonzerne halten an völlig überholten Konzepten fest.

Die vier Besitzer, die vier großen Energiekonzerne, müssen endlich vergesellschaftet und demokratisch kontrolliert werden und es muss eine neue, zukunftsweisende Energiepolitik gemacht werden. Dezentralisierung lautet das Stichwort.

Leider kann ich auch nicht erkennen, dass auf der Klimakonferenz in Posen etwas passiert. Erst muss in Brüssel weißer Rauch aufsteigen. Vorher wird sich überhaupt nichts tun.

Nordrhein-Westfalen als Energieland Nr. eins in Deutschland hätte die wichtige Aufgabe, tatsächlich umzusteuern, was die CO<sub>2</sub>-Emissionen angeht.

Fakt ist aber: Ein Drittel der Emissionen kommt aus NRW. Sie aber wollen an dieser völlig überholten Energiepolitik festhalten.

Wir müssten eigentlich das Weltklima verändern und – was die Emissionen betrifft – deutliche Rückschritte vornehmen. Nur sind die nicht erkennbar. Wir können nicht erkennen, dass Sie tatsächlich konkrete Schritte unternehmen, dass die Gruppe der Industrieländer, zu denen Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik insgesamt auch gehören, ihre Emissionen bis 2020 um 40 % senkt. Das wäre die eigentliche Aufgabe. Diese Hausaufgaben müssen hier gemacht werden.

Man kann auch nicht erkennen, dass es eine umfassende Strategie gibt, um die besonders verletzlichen Staaten und Regionen bei der Anpassung des Klimawandels zu unterstützen. Auch davon ist überhaupt nichts zu erkennen.

Schon vor 2020 müsste es einen Peak bei den globalen Emissionen geben, wenn mit einiger Aussicht auf Erfolg ein in großem Maßstab gefährlicher Klimawandel vermieden werden soll. Das alles passiert aber nicht. Sie machen keine konkreten Schritte.

Sie bringen die regenerativen Energien nicht voran, was allerdings notwendig wäre. Sie verweigern sich einem Investitionsprogramm für einen technologischen Wandel in der Energiepolitik.

Deswegen ist ihre Klima- und Energiepolitik völlig gescheitert. Sie machen nur Politik für die Konzerne, gegen die Umwelt und gegen die Menschen, die diese hohen Strompreise, die von den

Konzernen diktiert werden, bezahlen müssen. Das ist Ihre Politik, das ist eine Katastrophe für NRW und das Land insgesamt.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Landesregierung erhält das Wort Herr Minister Uhlenberg. – Herr Weisbrich, Sie kommen auch noch dran, aber später.